



*Fachbereich 11*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

ver.di • Großer Markt • 58285 Gevelsberg

**Südwestfalen**

Großer Markt  
58285 Gevelsberg

Telefon: 02332 758619  
Durchwahl: 02332 7586-23  
Telefax: 02332 7586-20  
PC-Fax:  
bernd.balzer@verdi.de  
www.verdi.de

Datum 14. Oktober 2016  
Ihre Zeichen  
Unsere Zeichen

Zur ÖPNV Vergabeproblematik hat von Freitag, den 07.10.16, bis zum Samstag den 08.10.16, eine Klausurtagung der Fachbereich 11 der Vorstände des Linken Niederrhein und Aachen Düren Erft stattgefunden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Thomas Wunder, der sich als Gutachter und Sachverständiger deutschlandweit einen sehr guten Ruf erarbeitet hat.

20 interessierte Betriebsräte und Fachbereichsvorstände diskutierten von Freitag an angeregt zu diesem sehr aktuellen Thema, von dem mehrere persönlich betroffen sind. Thomas Wunder erklärte unter anderem sehr anschaulich die Unterschiede zwischen Direktvergabe und Ausschreibung und wie es durch das PBefG zu der Bevorzugung der eigenwirtschaftlichen Anträge kommt, obwohl das so nicht in der Europäischen Gesetzgebung vorgesehen ist.

Am Nachmittag des zweiten Tages stellten sich dann zwei Landtagsabgeordnete und Mitglieder des NRW Verkehrsausschusses, Herr Carsten Löcker (SPD) und Herr Dirk Schlömer (SPD), sowie drei Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Mönchengladbach, Frau Ulla Brombeis (Bündnis90/Die Grünen), Herr Karl Sasserath (Bündnis90/Die Grünen) und Herr Felix Heinrichs (SPD) den Fragen der Kolleginnen und Kollegen.

Aus dem Landtag wurde berichtet, dass man davon ausgeht, dass das ÖPNV Gesetz bis Ende 2019 auf den Weg gebracht wird. Wenn es auf der

Bundesebene keine Verzögerungen zur Anschlussfinanzierung geben würde, wäre das Gesetz in NRW schon umgesetzt. Die neuen Regelungen zur Verteilung der 45a Mittel sind in NRW unstrittig, so Carsten Löcker.

Sehr wichtig für den Erhalt eines für den Bürger und für die Kolleginnen und Kollegen akzeptablen ÖPNV mit Sozial- und Tarifbindungen ist ein ordentlich gestalteter Nahverkehrsplan. „Das ist die Aufgabe der Kommunen“, sagt Dirk Schlömer. Hier ist in der Vergangenheit häufig nicht sehr sorgfältig gearbeitet worden.

Das PBefG kann nur auf Bundesebene geändert werden, hier bemängelt Karl Sasserath die fehlende Initiative der Landesregierung NRW.

Alle Anwesenden sind sich darüber einig, dass eine entsprechend gute Information der Vergabesituation für alle Beteiligten enorm wichtig ist.

Felix Heinrichs kam als Aufsichtsrats Vorsitzender der NEW und als Kommunalpolitiker in Mönchengladbach unter Druck, als er die Frage „Ist die NEW in Mönchengladbach, Direktvergabe fähig“ ) beantworten musste.

In Mönchengladbach versucht man, gestützt durch ein Gutachten, einen neuen Weg zur Berechnung der Fremdvergabe. Zu dieser Rechenart gibt es noch keine Erfahrung. Die anwesenden Politiker von Bündnis90/Die Grünen und auch unsere Landespolitiker waren sichtlich beunruhigt. Das Risiko, das dieser von der NEW eingeschlagener Weg für die Nutzer des ÖPNV und die Kolleginnen und Kollegen beinhaltet, sollte besser noch einmal überdacht werden. Der Betriebsrat der NEW und ver.di haben zu diesem Thema auf den kürzlich stattgefundenen Betriebsversammlungen in Mönchengladbach deutlich Stellung bezogen.

Ich bedanke mich als Organisator für die beiden informativen Tage bei allen Beteiligten.

Mit freundlichen Grüßen

---

Bernd Balzer, Gewerkschaftssekretär

